

**Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen  
am 14./15. November 2009 in Osnabrück**

---

## **Resolution**

### **Schwarz-gelber Angriff auf Sozialpolitik**

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag schützt die Klientel von CDU/CSU und FDP, belastet kommende Generationen und stellt ungedeckte Wechsel zu Lasten der Länder- und Kommunalhaushalte aus. Das Schicksal der Arbeitslosen, der Geringverdienenden und der sozial Ausgegrenzten ist bei Schwarz-Gelb in schlechten Händen: Schwarz-gelbe Prinzipien benachteiligen sie systematisch.

#### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 1: Wer hat, dem soll gegeben werden**

Dies gilt für die Steuer- ebenso wie für die Kindergeldpläne. Freibeträge und Steuersenkungen wirken bei höheren Einkommen deutlich stärker, das Kindergeld wird dagegen bei Arbeitslosengeld II-BezieherInnen vom Regelsatz wieder abgezogen. Das heißt praktisch: Eine Familie mit 2 Kindern wird bei einem Bruttoeinkommen von 7000 Euro um 133 Euro im Monat entlastet, bei einem Bruttoeinkommen von 3000 Euro um 52 Euro; eine Familie im ALG II-Bezug überhaupt nicht.

#### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 2: Soziale Abfederung nur vortäuschen**

An der Erhöhung des Schonvermögens und dem besseren Schutz des Eigenheims werden sich nur etwa 1% der LeistungsempfängerInnen erfreuen können, alle anderen haben weder Vermögen noch große Eigentumswohnungen. Diese Teilreformen sind richtig, aber nicht ausreichend, da sie den meisten ALG II – EmpfängerInnen nicht helfen. Damit ist das vor allem Symbolpolitik.

#### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 3: Freiwillig nichts für die Schwächsten**

Armut und insbesondere Kinderarmut werden im Koalitionsvertrag nicht thematisiert. Die viel zu niedrigen Regelsätze werden nicht erhöht. Schwarz-Gelb will so lange tatenlos bleiben, bis das Bundesverfassungsgericht eine Erhöhung erzwingt.

#### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 4: Aufkündigung der Solidarität**

Mit der Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfpauschale bei der Kranken- und Pflegeversicherung wird die Solidarität zwischen Besser- und Wenigverdienenden aufgehoben und die 2-Klassen-Medizin weiter ausgebaut. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge belastet einseitig die ArbeitnehmerInnen.

#### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 5: Bildungschancen verschlechtern**

Mit der Betreuungsprämie werden Kinder vom Besuch von Kitas und damit von Bildungschancen abgehalten. Gerade Kindern aus bildungsfernen Schichten wird so die notwendige Förderung vorenthalten. Der Plan, für Arbeitslosengeld

II-EmpfängerInnen die Leistung als Gutschein auszugeben, diskriminiert Menschen im Leistungsbezug und ist nicht akzeptabel.

### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 6: Lohndumping subventionieren**

Es soll keine neuen Mindestlöhne geben und auch die alten werden auf den Prüfstand gestellt. Das Verbot sittenwidriger Löhne ist schon heute gültige Rechtsprechung und schützt Beschäftigte nicht vor Armutslöhnen. Die Anhebung der Zuverdienste ohne Mindestlohn bedeutet eine Subventionierung von Unternehmen, die Hungerlöhne zahlen. Der Niedriglohnsektor wird weiter wachsen. Aufgestockt werden diese Löhne durch Arbeitslosengeld II.

### **Schwarz-Gelbes Prinzip Nummer 7: Bedingungen für Arbeitslose verschlechtern**

Die Rückkehr zur getrennten Aufgabenwahrnehmung von Kommunen und Arbeitsagenturen in Sachen Arbeitsmarktpolitik bedeutet das Ende der „Hilfe aus einer Hand“. Leidtragende sind die Arbeitslosengeld II-BezieherInnen, die mit doppelter Bürokratie in zwei Anlaufstellen, zwei Bescheiden, zwei AnsprechpartnerInnen belastet werden. Der Einfluss der Kommunen auf die Arbeitsmarktpolitik wird massiv geschwächt, die Arbeitsmarktpolitik wieder zentralistischer und damit zwangsläufig weniger am Betroffenen orientiert.

### **Grüne Grundwerte gegen schwarz-gelbe Pläne**

Mit ihrem Koalitionsvertrag hat die schwarz-gelbe Bundesregierung gezeigt, wohin ihr Weg führen soll: Es drohen weitere Entsolidarisierung, Prekarisierung und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft. Darunter leiden vor allem die Schwächsten. Dagegen werden wir Grünen unsere Stimmen erheben und mit den besseren Ideen und Konzepten Politik und Stimmung machen. Dabei gelten unsere Grünen Überzeugungen und Grundwerte:

#### **Grundwert Nummer 1: Bildungs- und Aufstiegchancen für alle**

Deshalb wollen wir:

- Investitionen in gute Ganztagschulen und in Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr
- Eine Schule, in der alle Kinder bestmöglich gefördert werden und gemeinsam lernen
- Wir lehnen die Kindergelderhöhung ab und fordern die Bundesregierung auf, die 4,3 Mrd. € direkt für Kinderbetreuungseinrichtungen, kostenlose Schulspeisung und gebührenfreie Lernmittelausleihe zur Verfügung zu stellen.

#### **Grundwert Nummer 2: Niemand darf abgehängt werden**

Deshalb wollen wir:

- Die Regelsätze sofort auf 420 Euro anheben und bedarfsgerechte eigenständige Kinderregelsätze einführen
- Weiterhin Hilfen aus einer Hand für Arbeitslose in gemeinsamer Trägerschaft und Verantwortung von Bundesagentur und gestärkten Kommunen
- Die Rechte der Arbeitssuchenden stärken. Sie sollen die FallmanagerInnen wechseln und zwischen unterschiedlichen Maßnahmen wählen können. Zudem müssen über unabhängige Ombudsstellen die Beschwerdemöglichkeiten verbessert werden.

### **Grundwert Nummer 3: Starke Schultern können mehr tragen**

Deshalb wollen wir:

- Die Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege
- Die Entlastung niedriger Einkommen durch das Progressivmodell bei den Sozialabgaben
- Große Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker belasten

### **Grundwert Nummer 4: Von Arbeit muss man leben können**

Deshalb wollen wir:

- Eine Lohnuntergrenze von mindestens 7,50 Euro und darüberliegende branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne
- Es zukünftig auch Landesbehörden ermöglichen, regionale Tarifverträge allgemeinverbindlich erklären zu können. In der Region ansässige Unternehmen, die faire Löhne zahlen, haben dann wieder eine Chance öffentliche Aufträge zu erhalten.

**Grüne in den Kommunen, im Land und im Bund werden, gemeinsam mit allen in Frage kommenden Bündnispartnern für eine Politik kämpfen, die an sozialen Grundwerten orientiert ist.**